

# **Umweltpolitisches Grundsatzpapier der Sächsischen Union**

## **„GESUNDE UMWELT – REICHE NATUR“**

### Inhaltsverzeichnis

#### 1. Umweltschutz ist Daseinsvorsorge

Präambel

#### 2. Herausforderungen und Handlungsfelder

##### 2.1 Klima- und Energiepolitik zukunftsfähig gestalten

##### 2.2 Gewässerschutz – für bezahlbare Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

##### 2.3 Moderne Wertstoffwirtschaft schont Ressourcen

##### 2.4 Verminderung der Lärm- und Luftemissionen – ein Beitrag zum Gesundheitsschutz

##### 2.5 Funktionsfähige Böden sichern Versorgung und Rohstoff- erzeugung

##### 2.6 Zur Erhaltung unseres Naturerbes

# **1. Umweltschutz ist Daseinsvorsorge**

## **Präambel**

Die umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit besteht in der ständigen Beachtung aller Prozesse und Erscheinungen, welche die natürlichen Lebensgrundlagen beeinträchtigen oder gar zerstören. Andererseits benötigen wir wirksame Anpassungs- und Handlungsstrategien, die im Spannungsfeld von Natur – Wirtschaft – Gesellschaft die Erhaltung unserer Umwelt garantieren.

Der aus christlicher Verantwortung abgeleitete Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung bestärkt uns in der Auffassung, die Natur als Quelle unserer Existenz, unseres Wohlbefindens und Kultur zu erhalten und weiter zu entwickeln. Der Mensch ist Teil der Natur und darf sich nicht darüber hinwegsetzen.

Solche Strategien werden heute unter dem Begriff der Nachhaltigkeit zusammengefasst, welcher ausdrücken soll, dass auf Dauer nur eine solche gesellschaftliche Entwicklung umweltgerecht ist, die eine gleichrangige Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte sichert. Deshalb ist moderne Umweltpolitik nur erfolgreich, wenn die wirtschaftliche Entwicklung mit der ökologischen Tragfähigkeit verbunden und an ihr gemessen wird, um so künftigen Generationen eine lebenswerte und nutzbare Umwelt zu hinterlassen.

Seit Wiederbegründung des Freistaates Sachsen, hat es in Verantwortung der CDU in unserem Bundesland gewaltige Anstrengungen gegeben, um den Zustand der Umwelt wieder zu verbessern. Auch weiterhin wollen wir den Einwohnern des Landes saubere Luft, unbedenkliches Trinkwasser, eine moderne Abfallentsorgung, gesunde und leistungsfähige Böden, aber auch eine intakte Natur als Grundlage guter Lebensbedingungen gewährleisten.

Diese Einschätzung schließt aber nicht aus, dass in der kommenden Zeit noch Probleme bei der Erhaltung und Gestaltung unserer natürlichen und gebauten Umwelt bestehen, zu denen die sächsische Union die nachfolgend dargestellten Positionen vertritt:

## **2. Herausforderungen und Handlungsfelder**

### **2.1 Klima- und Energiepolitik zukunftsfähig gestalten**

#### **Sachsen im Klimawandel**

Der globale Klimawandel gehört seit einigen Jahren zu den herausragenden Umweltthemen, denn er gefährdet unsere Umwelt, unsere Gesellschaft und die Entwicklungschancen künftiger Generationen. Der aktuelle Weltklimabericht der Vereinten Nationen hat uns gezeigt, dass gehandelt werden muss. Die Komplexität des Themas zwingt zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dies schützt vor Fehlbewertungen und Aktionismus. Deshalb ist die Klimadiagnose zwingende Voraussetzung für eine wissenschaftlich fundierte Bewertung des bereits eingetretenen Klimawandels. Nur wer die Gegenwart versteht, kann

in die Zukunft blicken. Es gilt zu bewerten, welche natürlichen und welche vom Menschen ausgelösten Ursachen auf das Klima wirken. Nur mit diesen Erkenntnissen können Modelle für die Zukunft entwickelt werden. Da sich der Klimawandel unterschiedlich auf die Regionen unserer Erde auswirkt, müssen Aussagen regional differenziert erarbeitet werden. In Deutschland hat Sachsen hier eine Vorreiterrolle übernommen. Die Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur betrug in den letzten 100 Jahren 0,74 °C und diejenige Europas 0,9 °C. In Sachsen hat im Zeitraum von 1961 bis 2007 die Jahresmitteltemperatur bereits um 1,3 Grad zugenommen. Von der Temperaturerhöhung sind vor allem der Sommer und Herbst betroffen, zukünftig wird von einem überdurchschnittlichen Temperaturanstieg vor allem im Winter ausgegangen. Besonders kritisch wird der Niederschlagsrückgang in den Vegetationsperioden bewertet. Auch Witterungsextreme werden zukünftig neue Herausforderungen darstellen. Wir wollen, dass in einer Klimadatenbank zukünftig Daten anwenderorientiert abgerufen werden können. Eine Zusammenarbeit mit den benachbarten Staaten und Bundesländern ist dabei unerlässlich.

Die Klimafolgenbetrachtung hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. In vielen Bereichen werden Anpassungsmöglichkeiten erarbeitet. Beispielfhaft sind das Wassermanagement (Trink- und Abwasser), der Hochwasserschutz, die Land- und Forstwirtschaft, die Ausbreitung neuartiger Schädlinge und Krankheitserreger aber auch die Gesundheitsinfrastruktur oder der Tourismus zu nennen. Mit den seit dem Jahre 2000 stattfindenden Annaberger Klimatagen wird ein angesehenes, wissenschaftliches Forum mit jeweils aktualisierten Schlussfolgerungen durchgeführt.

Wir erwarten, dass auf Grundlage des „Aktionsplan Klima und Energie“ der sächsischen Staatsregierung vom Juni 2008, umsetzungsreife Maßnahmen in den Bereichen Klimawandel, Klimafolgen und -anpassung sowie Klimaschutz laufend fortgeschrieben werden.

### **Moderne Energiepolitik schützt unser Klima**

Wir sehen es als unsere Zukunftsaufgabe an, die energiepolitische Strategie für eine nachhaltige und zukunftsfähige Energieversorgung fortzuschreiben. Sachsen und Deutschland müssen ihre führende Rolle beim Klimaschutz behalten und somit international weiterhin als Impulsgeber fungieren. Die Reduzierung von Treibhausgasen, eine zunehmende Unabhängigkeit bei Energieträgern von Importen sowie die absehbare Endlichkeit der eigenen Ressourcen setzen die Eckwerte für eine Neuausrichtung der Energiepolitik.

Die effiziente Nutzung von Energie ist die erste und wirksamste Maßnahme. Dies betrifft die Erzeugung (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung), die Verteilung und den Verbrauch von Energie. Mit dem weltweit effizientesten Kraftwerkspark zur Nutzung von Braunkohle in der Grundlast setzt Sachsen technologische Maßstäbe. Auch die Entwicklung einer Technologie zur Abspaltung des CO<sub>2</sub> aus den Rauchgasen wird in Sachsen vorangetrieben. Der Anteil Sachsens an der gesamtdeutschen CO<sub>2</sub>-Minderung seit 1990 beträgt 44 %; 2,6 Mio t CO<sub>2</sub> wurden durch die Nutzung von Erneuerbaren Energien allein 2007 eingespart. Die Einführung eines Gewerbeenergiepasses (als erstes Bundesland), neue Antriebskonzepte in der Fahrzeugtechnik oder neue Heizungs- und Lüftungssysteme in Gebäuden zeigen, dass der effiziente Einsatz von Energie Innovationsvorsprung und Wertschöpfung sichert.

Das im Klimaschutzprogramm 2001 formulierte Ziel zur Nutzung Erneuerbarer Energien von 4.600 GWh wurde erreicht. Der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch beträgt derzeit über 12%. Wir wollen deshalb eine Steigerung bis 2020 auf 25% erreichen. Die größten Potentiale werden bei der Nutzung von Windkraft und Biomasse aber auch von Sonnenenergie gesehen. Jede Region im Freistaat Sachsen hat hierzu ihren Beitrag zu leisten, wobei auf die unterschiedliche naturräumliche Ausstattung Rücksicht zu nehmen ist. Bei der Windenergie bietet der Ersatz bereits bestehender Windkraftanlagen durch leistungsfähigere am bisherigen Standort (sog. „Repowering“) eine entsprechende Möglichkeit. Im Bereich der Biomasse muss insbesondere auf Nutzungskonkurrenzen und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt Rücksicht genommen werden. Die Photovoltaikindustrie Sachsens zählt zu den Technologieführern in Europa und der Welt. Zukünftig ist auch zu beachten, dass die Subventionierung dieser Energieformen zeitlich nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann.

Die Rolle der Kernenergie ist sowohl vor dem Hintergrund einer CO<sub>2</sub>-reduzierten Energiegewinnung als auch ständig steigender Energiepreise ideologiefrei zu bewerten. Ein Teil der Erlöse aus einer möglichen Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken soll in die Forschung zu erneuerbaren Energien fließen.

Sachsens Klimaschutzpolitik zeigt, dass Umwelt- und Wirtschaftspolitik Hand in Hand gehen müssen. Umweltpolitik ist somit auch Hochtechnologieentwicklung und damit Standort- und Arbeitsmarktpolitik. Deshalb fordern wir solche gesetzlichen Randbedingungen, von denen Sachsen als Exportland auch weiterhin profitiert.

## **2.2 Gewässerschutz – für bezahlbare Wasserversorgung und Abwasserentsorgung**

### **Erreichter Stand und verbleibende Ziele**

Die Ressource Wasser ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage, die nur durch eine ganzheitliche Bewirtschaftung nachhaltig genutzt werden kann. Das Aufgabenspektrum umfasst den Schutz des Oberflächen- und Grundwassers (und damit die Gewässer auch als Ökosysteme), die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie den Hochwasserschutz.

Die öffentliche Wasserversorgung hat sich in Sachsen entscheidend verbessert und für 99,2 % der sächsischen Bevölkerung ist es inzwischen selbstverständlich, jederzeit Trinkwasser in Lebensmittelqualität aus dem öffentlichen Netz entnehmen zu können. Künftig wird es darauf ankommen, die Versorgungsstrukturen sowohl technisch als auch ökonomisch den demografischen Veränderungen anzupassen. Unser Ziel sind solidarische Versorgungsverbände zwischen Städten und ländlichen Gebieten. Diese tragen zur Preisstabilität und Senkung der Fixkosten bei.

Der konsequente Schutz der Fließgewässer mit dem Ziel des Erreichens eines guten ökologischen Zustandes bis 2015 (in Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie) und die Bewahrung der Einzugsgebiete, vor allem jener mit Trinkwassertalsperren, vor Nährstoffeintrag, insbesondere aus der Landwirtschaft, sind maßgebliche Beiträge zur Senkung der Wasseraufbereitungskosten. Die Gewässerstrukturgüte vieler

Fließgewässer erfüllt wegen der noch immer zu großen Anzahl von Querbauwerken und eines naturfernen Gewässerausbaues noch nicht im erforderlichen Umfang die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie der EU.

Hingegen hat die Entwicklung der Gewässergüte seit 1994 eine kontinuierliche Verbesserung erfahren. Für den über organische Gewässerinhaltsstoffe angesprochenen Verschmutzungsgrad sind inzwischen fast 75 % der Fließgewässer der Güteklasse gut oder besser zuzuordnen. (Zum Vergleich 1994: 31%)

Eine besondere Herausforderung bleibt besonders nach dem Hochwasserereignis von 2002 die verbesserte Hochwasservorsorge und eine effektivere Gefahrenabwehr im Hochwasserfall. Für Hochwasserschutzkonzepte und Hochwasserschutzmaßnahmen, sollen auch künftig ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

### **Die städtische Abwasserinfrastruktur ist auf hohem Niveau – jetzt im ländlichen Raum nachziehen**

Inzwischen sind etwa 3,7 Mio. Einwohner an das öffentliche Abwasserentsorgungsnetz angeschlossen. Zur Überwindung von Versäumnissen der Vergangenheit hat der Freistaat mit Hilfe des Bundes und der EU 6,4 Mrd. € eingesetzt. Für 600.000 Menschen, insbesondere in den dünner besiedelten, ländlichen Gebieten, in denen eine zentrale abwassertechnische Erschließung ökonomisch wenig Sinn macht, sind dezentrale Lösungen der Abwasserentsorgung zu konzipieren. Es sollen auch weiterhin private Haushalte von staatlicher Förderung profitieren, wenn sie mit modernen mechanisch-biologischen Abwasseranlagen eine hohe Qualität der Reinigung erreichen. Wir wollen, dass die Aufgabenträger dabei den Bürgern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Durch geeignete Förderinstrumente sollen die Bürger einen Anreiz erhalten, nicht bis 2015 zu warten, um veraltete Kleinkläranlagen auf moderne Reinigungstechnik umzurüsten.

## **2.3 Moderne Wertstoffwirtschaft schont Ressourcen**

### **Rückgang des Abfallaufkommens**

In der Abfallwirtschaft haben wir seit 1990 viel erreicht. Die Entsorgung ist langfristig gesichert. Durch das Ende der Ablagerung von Rohmüll im Jahr 2005 bleiben unseren Nachkommen neue ökologische Altlasten erspart. Tausende Müllkippen und Altlasten aus DDR-Zeit wurden mit großem finanziellen Einsatz gesichert. Geordnete Abfallwirtschaft leistet als Wertstoffwirtschaft einen Beitrag zu Ressourcenschonung und Klimaschutz. Produktverantwortung wirkt der Wegwerfgesellschaft entgegen.

Innerhalb von 10 Jahren ist in Sachsen das Aufkommen an Siedlungsabfall je Person um ein Viertel gefallen. Wir hatten 2007 mit 333 kg je Einwohner bundesweit das geringste Siedlungsabfallaufkommen. Bei der Verwertungsquote sind wir mit 75 % Spitzenreiter in Deutschland. Darauf können wir stolz sein.

Unsere Restabfälle werden in modernen Anlagen behandelt und entsorgt. Ein Großteil davon wird verwertet. Bei der Entsorgung der Restabfälle sind wir jedoch nicht eigenständig. Ein Teil von ihnen muss derzeit nach außerhalb Sachsens transportiert und dort entsorgt werden.

Die Landkreise, kreisfreien Städte und Abfallverbände sorgen für bezahlbare Abfallgebühren. Allerdings gibt es bei den Abfallgebühren deutliche Unterschiede zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten.

## **Abfallvermeidung, Ressourcenschonung, Produktverantwortung**

Wichtiges Instrument für Abfallvermeidung ist die Verantwortung der Produzenten, die jedoch in Praxis nicht einfach umsetzbar ist. Während sie bei Altbatterien gut funktioniert, sind die Entsorgungssysteme für Verpackungen und Elektronikschrott kompliziert, undurchsichtig und nicht gut mit der kommunale Entsorgung abgestimmt. Ergebnis sind beispielsweise oft lange Abfalltransporte innerhalb Deutschlands und ins Ausland mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf unser Klima, statt orts-naher Entsorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Systeme spürbar vereinfacht und klare Verantwortlichkeiten geschaffen werden. Auch eine Re-Kommunalisierung dieser Entsorgungsaufgaben muss geprüft werden.

Sekundärrohstoffe aus Abfällen schonen unsere natürlichen Ressourcen. In allen Branchen müssen Qualitätsstandards eingeführt werden, damit sich Sekundärrohstoffmärkte entwickeln können. Staat, Wirtschaft und Kommunen tragen gemeinsam Verantwortung, dass Rohstoffe aus Abfällen in den Stoffkreislauf zurückgeführt werden.

Der Anteil getrennt erfasster Wertstoffe ist deutlich zu steigern. Noch zu viele Wertstoffe werden mit dem Restabfall beseitigt oder müssen aufwendig aussortiert werden. Das erschwert ein hochwertiges Recycling. Intensive Abfalltrennung bereits in Haushalt und Gewerbe macht dagegen weniger Aufwand, ist Umwelt- und ressourcenschonend. Wer besser trennt, muss das bei seinen Abfallgebühren spüren. Ein Kampf um Wertstoffe zwischen Kommunen und Unternehmen wie beim Altpapier ist volkswirtschaftlich fragwürdig. Hier ist der Gesetzgeber mit klaren Zuständigkeitsregelungen gefragt.

## **Kommunale Abfallwirtschaft – ökologisch und sozial**

Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen bei der Erarbeitung ihrer Abfallwirtschaftskonzepte jede Möglichkeit prüfen, das Wertstoffpotenzial der Abfälle besser zu nutzen. Das betrifft beispielsweise Bioabfälle, die heute nur zum Teil getrennt erfasst und genutzt werden. Zur getrennten Sammlung weiterer Wertstoffe sollte Pilotprojekten initiiert werden.

Richtiger Umgang mit Abfällen in Haushalten und Gewerbe sowie die Verringerung der illegalen Entsorgung brauchen intensive Abfallberatung und Umwelterziehung.

Die flächendeckende Restabfallbehandlung ist ein Erfolg unserer Abfallpolitik. Wir ermuntern die Abfallverbände, die energetischen Potenziale der Abfälle noch besser zu nutzen und eine optimale Gesamtlösung auch unter Klimaschutzaspekten in Sachsen zu schaffen. Über heutige Verbandsgrenzen hinausgehende Kooperationen sind besser als Abfalltransporte in andere Bundesländer. Die Staatsregierung sollte solche Kooperationsprozesse moderieren und unterstützen.

Nur niedrige Abfallgebühren sind sozial. Die Unterschiede bei den sächsischen Abfallgebühren sollten Anlass sein, nach den Gründen zu suchen sowie Potenziale zur Kosten- und Gebührensenkung zu erschließen. Ein Vergleich der kommunalen Entsorgungssysteme aus Sicht des Umweltschutzes und des Service für die Bürgerinnen und Bürger würde die Transparenz der kommunalen Entsorgung deutlich erhöhen.

Wir befürworten eine an Umweltschutz, Entsorgungssicherheit und Beseitigungsauktarkie orientierte Abfallwirtschaftsplanung mit verbindlichen Regelungen. Bei der staatlichen Überwachung gefährlicher Abfälle muss eine hohe Qualität gewährleistet bleiben. Die Umstellung auf das elektronische Verfahren ist zielstrebig umzusetzen. Effektiver Vollzug des Abfallrechts ist Voraussetzung für Rechtssicherheit in der Entsorgungswirtschaft.

## **2.4 Verminderung der Lärm- und Luftemissionen – ein Beitrag zum Gesundheitsschutz**

Lärm ist inzwischen zu einem nahezu flächendeckenden Umweltproblem geworden. Nach Schätzung des Umweltbundesamtes leidet etwa jeder 6. Bundesbürger unter Lärm. Seine gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie ein erhöhtes Risiko von Herz-Kreislaufkrankungen werden von den meisten Menschen nach wie vor unterschätzt. Häufig treffen sogar mehrere Lärmquellen zusammen, so dass sich die Belastungssituation für die Betroffenen verschärft. Insbesondere unter Jugendlichen nehmen Gehörschäden besorgniserregend zu. Beim Umgebungslärm spielt der Straßenverkehr die dominierende Rolle, gefolgt vom Fluglärm, Nachbarschaftslärm, Schienenverkehrslärm und Industrie- und Gewerbelärm.

### **Situation in Sachsen**

Untersuchungsergebnisse in Sachsen zeigen, dass z.B. ca. 11 % der Bevölkerung tags und 14% nachts gesundheitsrelevantem Straßenverkehrslärm ausgesetzt sind. Auch die unvermeidlichen Geräuschemissionen, die mit zunehmenden Sport- und Freizeitaktivitäten einhergehen, bergen ein beträchtliches Konfliktpotential, so dass Beschwerden über Lärmbelastungen durch Sport- und Freizeitanlagen, Veranstaltungen und Gaststätten auch im Freistaat Sachsen kontinuierlich zunehmen. Dennoch ist die Lärmproblematik in der öffentlichen Wahrnehmung weit unterrepräsentiert. So bleibt die Reduzierung von Lärmbelastungen eine wichtige Aufgabe der Umwelt- und vorsorgenden Gesundheitspolitik. Da häufig der Mensch selbst Verursacher ist, kann er dazu beitragen, Lärm zu reduzieren.

### **Kurzfristige Handlungsziele**

Insbesondere sehen wir Handlungsbedarf bei der Öffentlichen Information insbesondere zur Lärmwirkung auf den Körper. So beugen freiwillige Vereinbarungen mit Diskotheken zur Pegelbegrenzung auf max. 100 dB(A) wirksam Gehörschäden vor. Auf der Grundlage der Umgebungslärm-Richtlinie soll eine größere Transparenz über die Lärmbelastung insbesondere durch Verkehr hergestellt werden, so dass ein gezielter Einsatz von Investitionsmitteln an Schwerpunkten der Lärmbelastung erfolgen kann. Durch eine verstärkte Berücksichtigung von Lärmschutz in der Bauleitplanung muss es gelingen, Lärmschutz frühzeitig und wirkungsvoll festzuschreiben.

## **Saubere Luft bleibt unverzichtbar**

Als Folge von Stilllegungen sowie von umfangreichen Modernisierungen von Industrieanlagen und Kraftwerken sowie der Energieträgerumstellung bei Kleinverbrauchern hat sich die Luftqualität in Sachsen in den vergangenen Jahren spürbar verbessert und erreicht somit nicht mehr gesundheitsgefährdende Konzentrationen von Luftschadstoffen.

Deutliche Rückgänge der Schadstoffbelastung verzeichnen wir vor allem bei Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Blei. Bei Einhaltung der Grenzwerte stellen diese Luftbelastungen keine Probleme mehr da. Die Aufmerksamkeit liegt aktuell in der weiteren Verringerung von Feinstaub sowie von Stickoxiden (u. a. Vorläufersubstanz für die Ozonbelastung), Belastungen die überwiegend aus dem Verkehrssektor stammen. Wir erwarten, dass die an die örtlichen Gegebenheiten angepassten Luftreinhaltepläne auf kommunaler Ebene zur weiteren Verringerung der noch bestehenden Luftbelastungen führen.

## **2.5 Funktionsfähige Böden sichern Versorgung und Rohstoffherzeugung**

Die in Jahrtausenden gebildeten Böden sind unvermehrbar, können aber infolge fehlerhafter Bewirtschaftung rasch zerstört werden oder ihr Ertragspotential verlieren. Daher müssen alle Funktionen, die der Boden erfüllt gleichrangig beachtet werden, wobei aber das oberste Ziel der Schutz des Bodens bleibt. Deshalb müssen auch in der Zukunft verstärkte Anstrengungen unternommen werden, diese für zahlreiche gesellschaftliche Bedürfnisse unverzichtbare Naturressource zu erhalten.

### **Boden als Ertragsquelle**

Die auf über 50 % der Landesfläche vorhandenen fruchtbaren Böden müssen nachhaltig bewirtschaftet werden. Dazu gehört ein an den Regeln der guten fachlichen Praxis orientierter Einsatz von Agrochemikalien, eine den Kulturarten angepasste Düngung, die Verhinderung von Bodenverdichtungen sowie die Verhinderung von Bodenverlusten durch Bodenerosion.

Die Erhaltung funktionsfähiger Bodenstrukturen ist auch wegen der Speicherfähigkeit des Bodens für CO<sub>2</sub> unverzichtbar. Deshalb sind Veränderungen im Bodenwasser- und Wärmehaushalt zu vermeiden, da dies die Aktivität von Bodenorganismen beeinträchtigt und damit Einfluss auf die CO<sub>2</sub>-Dynamik im Boden nimmt. Die Erhaltung leistungsfähiger Böden haben auch besondere Bedeutung für die Erhaltung der Artenvielfalt.

Bodenschutz zielt nicht nur auf die Erhaltung der natürlichen Eigenschaften, sondern sieht sein Ziel auch immer noch in der Sanierung geschädigter Böden und devastierter Flächen (z. B. in der Bergbaufolgelandschaft).

### **Aktuelle Herausforderungen des Bodenschutzes**

Bodenschutz erfordert gegenwärtig vor allem eine Zurückdrängung der Flächenverluste durch Überbauung, Versiegelung und Zerschneidung (70 % aller Bauvorhaben nutzen ehemals land- und forstwirtschaftlich genutzte Böden). Nach einer Phase übermäßigen Bodenverbrauchs (Gewerbe- und Wohngebiete, Autobahn- und Stra-

ßenbau) in den frühen 90er Jahren hatte sich in Sachsen der tägliche Flächenabgang auf unter 3 ha verringert. Aber seit 2006 steigt der Flächenverbrauch wieder besorgniserregend an. In der Zukunft muss der Flächenverbrauch (5 – 6 ha/d) drastisch eingeschränkt werden. Ziel sollte sein, einen Wert von unter 2 ha zu erreichen.

Es ist vor allem erforderlich, im überbauten Innenbereich durch gezielte und nachhaltige Flächenrevitalisierung und Aufbereitung alllastenfreier innerstädtischer Brachflächen den Baulanddruck im Außenbereich zu verringern. Dies bleibt der wichtigste Beitrag zum Bodenschutz.

## **2.6 Zur Erhaltung unseres Naturerbes**

### **Bewertung des erreichten Standes**

Zur Erhaltung und Pflege des Naturerbes ist die sächsische Naturschutzpolitik nicht allein auf den Schutz einzelner Gebiete oder Arten gerichtet, sondern auch der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Selbstregulationsvermögens von Ökosystemen sind ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Ziel.

Sachsen verfügt nicht nur über eine vielfältige Naturlandschaft, deren Eigenart und Schönheit bewahrt werden soll, sondern vor allem über eine große Anzahl qualitativ wertvoller Schutzgebiete, deren Flächenumfang sich seit 1990 mehr als vervierfacht hat. Ergänzt um jene Gebiete, die nach europäischen Vorgaben (FFH- und Vogelschutzgebiete) besonders erhaltenswert sind, weist Sachsen auf ca. 15 % einen qualitativen Flächenschutz auf.

### **Zukünftige Herausforderungen**

Schutzgebiete sind nur die Kernstücke eines natürlichen Lebensraumverbundes, der schrittweise zu einem Biotopverbundsystem entwickelt werden muss, um in der stark genutzten Kulturlandschaft Ausgleichs- und Verbindungsflächen sowie Rückzugsareale („Trittsteinbiotope“) naturnah zu erhalten.

Trotz der bisherigen Erfolge und konzeptioneller Vorarbeiten hat sich die Situation der Artenvielfalt (Biodiversität), besonders außerhalb von Schutzgebieten seit 1990, von Ausnahmen abgesehen, nicht wesentlich verbessert, teilweise sogar drastisch verschlechtert, wie z. B. bei der Vielfalt der Vogelwelt in der offenen Agrarflur oder bei Pflanzengemeinschaften ehemaliger Feuchtgebiete zu beobachten.

Ziel ist und bleibt eine Kulturlandschaft mit hohen Anteilen naturnaher Lebensräume, die durch umweltgerechte und pflegliche Nutzung oder gezielte Pflege in enger Kooperation mit den Landnutzern erreicht werden soll. Förderprogramme des Naturschutzes, vor allem eine darauf ausgerichtete Agrarförderung, sind hierfür unerlässlich. Ihre Anreizwirkung bei den Bewirtschaftern ist zu erhöhen. Zugleich ist die nachhaltige Entwicklung der Kulturlandschaft auf der Basis von Nutzungsleitbildern mittels Management und Monitoring zu sichern.

erarbeitet vom Landesfachausschuss Umweltpolitik,  
beschlossen vom CDU-Landesvorstand auf seiner Sitzung am 27. April 2009